

206/A XXI.GP

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Eva Glawischnig, Moser, Freundinnen und Freunde

Schlußoffensive gegen den Fertigbau des AKW Temelin

Im Zusammenhang mit dem Bau des tschechischen AKW Temelin besteht aus einer Reihe aktueller Entwicklungen dringender Handlungsbedarf: Die Aufdeckung der Dumpingexporte, keinerlei Inlandsbedarf für Temelin, riskanter Technologie - Mix, Kritik der eigenen tschechischen Atombehörde und nur noch knapp drei Monate bis zur geplanten Beschickung von Reaktor 1 mit Brennelementen und fünf Monate bis zum geplanten Start des Probebetriebes. Die Temelin - Betreiber erhöhen das Fertigstellungstempo - mit Vorgangsweisen, die für Österreich und die EU untragbar sein müssen.

Vertreter des tschechischen Energieversorgeres CEZ haben bereits mehrfach zugegeben, daß die Preise für Stromexporte in einigen Fällen unter den Erzeugungskosten liegen. Der neulich bekanntgewordene Verdacht über Dumping - Stromexporte von CEZ macht zudem deutlich, daß das AKW Temelin im Widerspruch zu bisherigen Aussagen überwiegend für Exportzwecke dienen soll.

Tschechische Behörden haben vor kurzem entschieden, daß die Temelin - Erbauer die wichtigen Detailunterlagen über den Reaktorbau, deren Offenlegung seit Monaten von den Temelingegnern eingeklagt wurden, in ihren entscheidenden Kernbereichen nicht offengelegt werden müssen.

Den Ausweg aus den drohenden 13 weiteren UVP - Verfahren könnten die Temelin - Betreiber nun nach Informationen der Temelin - Gegner in einer zusammengefaßten UVP suchen - mit der Ankündigung einer derartigen Gesamt - UVP wird Industrieminister Gregr in tschechischen Medien zitiert.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzler wird ersucht, eine umfassende politische Schlußoffensive gegen Temelin zu starten und unverzüglich offensive Verhandlungen auf höchster politischer Ebene mit Tschechien über einen Baustopp von Temelin aufzunehmen.

2. Die Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzler wird ersucht, mit der tschechischen Regierung über ein konkretes Ausstiegskonzept betreffend das AKW Temelin und diesbezügliche Finanzierungsmöglichkeiten zu verhandeln.
3. Die Bundesregierung wird ersucht, in offensive bilaterale Verhandlungen mit der tschechischen Regierung einzutreten, damit eine umfassende, internationale Standards entsprechende Umweltverträglichkeitsprüfung mit Erörterung aller offener Projektänderungen und aufschiebender Wirkung für jede radioaktive Kontaminierung des Reaktors durchgeführt wird, die ausreichende Fristen vorsieht, korrekte Informationsmöglichkeiten bietet, die Offenlegung aller Projektdaten beinhaltet und umfassende Parteistellung auch für österreichische und deutsche Bürger ermöglicht.
4. Die Bundesregierung wird ersucht, insbesondere der Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird aufgefordert, im Falle weiterer UVP's zum AKW Temelin eine breite öffentliche Einwendungskampagne in Österreich durchzuführen.
5. Die Bundesregierung wird ersucht, in konkreten bilateralen Verhandlungen zu treten, die von der Regierung der Tschechischen Republik die Offenlegung der Projektunterlagen in allen Details zu verlangen, um detaillierte Informationen über die im AKW Temelin realisierten technischen Lösungen in einem Umfang zu erhalten, die eine qualifizierte Überprüfung auf Expertenebene ermöglicht.
6. Die Bundesregierung wird ersucht, die Regierung der Tschechischen Republik im Geiste der Espoo - Konvention über den Wunsch Österreichs zu unterrichten, an den erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) von baulichen Änderungen in Temelin teilzunehmen. Weiters sollte der Tschechischen Regierung die Erwartung zur Kenntnis gebracht werden, dass österreichische Staatsbürger gleichberechtigt an den UVP - Verfahren teilnehmen können und bis zum Abschluss aller UVP - Verfahren vom Betreiber keine Schritte gesetzt werden die eine radioaktive Verseuchung der Anlage zur Folge haben könnten.
7. Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit wird ersucht, Stromimporte aus Tschechien gemäß der Drittlandsklausel des Bundes - Elwog zu untersagen und eine Initiative innerhalb der EU zur Überprüfung des dringenden Verdachts tschechischer Stromexporte zu Dumpingpreisen zu starten.
8. Die Bundesregierung wird ersucht, auf europäischer Ebene die Kostenwahrheit über den Preis von Atomstrom zu erreichen.
9. Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit wird ersucht, eine verbindliche Regelung für eine Stromkennzeichnungspflicht in Österreich vorzulegen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuß vorgeschlagen.